

Warum der Landtag nun doch kein Leuchtturm sein will

Beim europäischen Umweltsiegel sollen die Behörden mit gutem Beispiel vorangehen – doch just das Parlament macht nicht mit

Den Bürgern macht der Landtag gerne Umweltvorschriften, etwa bei der Ökoheizung. Sich selbst aber will er nicht in die Pflicht nehmen. Ein gutes Vorbild?

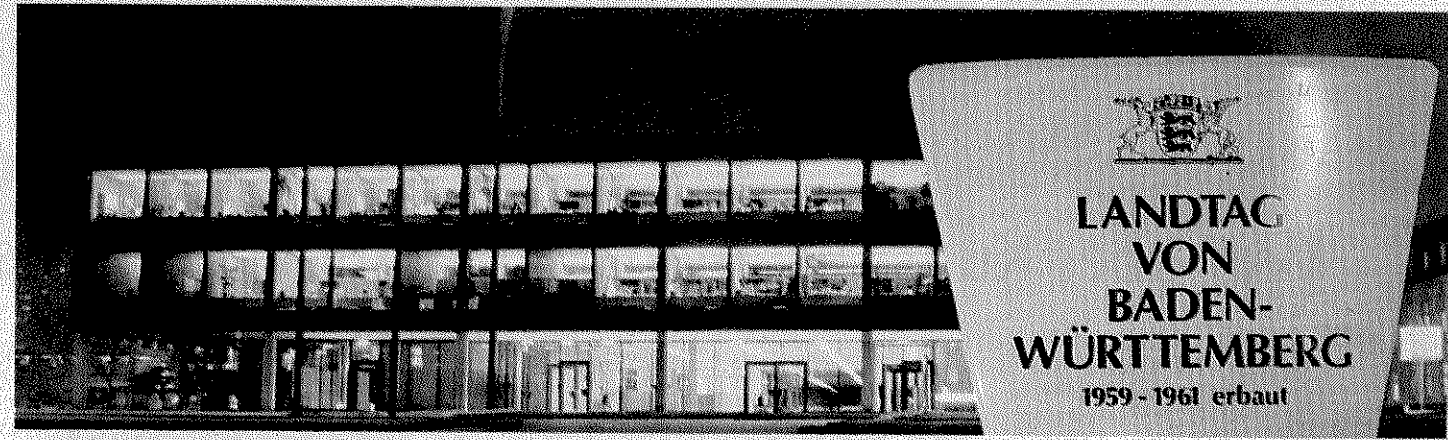
Von Andreas Müller

Tanja Gönner (CDU) lobte sich mal wieder selbst. Als „bundesweit erstes Ministerium“, verkündete die Ökoressortchefin kürzlich per Pressemitteilung, sei ihr Haus bereits zum dritten Mal mit dem europäischen Umweltsiegel Emas ausgezeichnet worden. Ein unabhängiger Gutachter habe bestätigt, dass man die „anspruchsvollen Anforderungen“ des Eco-Management and Audit Scheme, so die volle Bezeichnung, weiterhin erfülle.

Schon jetzt benötige das Ministerium zum Beispiel fünf Prozent weniger Strom als noch 2002, in den nächsten Jahren sollten Energie- und Wasserverbrauch um jeweils ein Prozent sinken. Damit erfülle man eine „besondere Vorbildrolle“, betonte Gönner: „Wir werben für das Umweltmanagementsystem Emas und wollen selbst mit gutem Beispiel vorangehen.“

Zahlreiche Institutionen in Baden-Württemberg sind den Pionieren inzwischen gefolgt. Zum Jahresende 2006 war das Ökosiegel 364-mal vergeben – zu zwei Dritteln an Unternehmen und Betriebe, zu einem Drittel an Kommunen, Schulen oder Behörden. Freiwillig haben sie sich auferlegt, kontinuierlich den Umweltschutz zu verbessern, selbst gesetzte Ziele zu verfolgen und ein internes Ökomanagement zu installieren – alles unter der Kontrolle eines externen Gutachters.

Doch eine Verwaltung, die eigentlich ebenso Vorbild sein sollte wie das Umweltressort, drückt sich bis heute: der Stuttgarter Landtag. So gerne das Parlament den Bürgern Umweltstandards vorschreibt, wie jüngst mit dem Wärmegesetz für Hauslebauer, so ungern lässt es sich selbst in die Pflicht nehmen. Dabei hat es nicht an Anstößen gefehlt.



Der Landtag, hell erleuchtet – Energie ließe sich hier sicher noch sparen, doch eine förmliche Umweltprüfung will man nicht.

Foto Zweygarth

Schon vor anderthalb Jahren beantragte die Grünen-Abgeordnete Gisela Splitt, der Landtag solle für seine Verwaltung „eine Zertifizierung nach Emas II durchführen“. Laut Umweltplan wünsche die Regierung schließlich einen flächendeckenden Ökocheck für die Behörden, da müsse das Parlament „mit gutem Beispiel vorangehen“.

Aber schon bei der Beratung im Umweltausschuss gab es skeptische Stimmen. In den Amtsstuben, wandte ein CDU-Abgeordneter ein, gebe es nun einmal ungleich weniger Möglichkeiten zur ökologischen Optimierung als etwa in einer Gießerei oder einer Kiesgrube. Das habe Gönners Ressort im Zuge des Emas-Verfahrens selbst feststellen müssen. Doch der Ausschussvorsitzende und frühere Minister Ulrich Müller (CDU) sprang der Kollegin Splitt zur Seite: Ein entsprechendes Signal des Landtags wäre wünschenswert, sagte er dem Protokoll zufolge. Gerade im Blick auf den starken Publikumsverkehr, so Müller, habe das Ökosiegel „auch eine symbolische Wirkung“.

Anfangs sah es so aus, als hätte die kleine schwarz-grüne Koalition Erfolg. Bei einem

Büro für Organisationsberatung gab der Landtag als ersten Schritt eine Umweltprüfung in Auftrag. Das Zwischenergebnis fiel recht schmeichelhaft aus: Schon heute könne sich das Umweltmanagement im Parlament – auch wenn es nicht als solches bezeichnet werde – durchaus sehen lassen. Ein systematischer Ausbau sei freilich sinnvoll. Dafür brauche man nicht unbedingt die Emas-Prüfung, folgerte der Gutachter, aber die „Leuchtturmfunktion“ wäre mit Siegel natürlich stärker. Sein Fazit: es handele sich um eine „politische Entscheidung“.

Für das weitere Vorgehen beschrieb der Experte drei Möglichkeiten. Die weitestreichende: es werde sofort mit der Emas-Zertifizierung begonnen und so ein „deutliches Signal“ gesetzt. Variante zwei: man setze erst einmal die Umweltprüfung fort und entscheide alles Weitere später. Die dritte Option sei die „Beendigung der Projektaktivitäten“, wobei es die „politische Wirkung... zu bedenken“ gelte.

Die Landtagsspitze ließ sich von der Warnung indes nicht abschrecken. Mehrheitlich entschied sie sich unlängst für die Minimallö-

sung. Der Wortlaut des Beschlusses: „Anstelle einer förmlichen Emas-Zertifizierung wird festgelegt, dass die Verwaltung intern dem Präsidium regelmäßig über die Ergebnisse ihrer umweltrelevanten Verbesserungen berichtet.“ Grundsätzlich beurteilten die Präsidien die Ziele der Ökoauditierung zwar positiv, erläuterte der Parlamentssprecher. Die Kosten dafür, etwa 40 000 Euro, wolle man jedoch lieber „für konkrete Umweltprojekte verwenden“.

Für Gisela Splitt ist dieses Ergebnis „sehr enttäuschend“. Offensichtlich wolle die Präsidiumsmehrheit „gar kein systematisches Umweltmanagement“, bedauert die Grünen-Abgeordnete. Anstatt „die Flinte gleich ganz ins Korn zu werfen“, hätte man wenigstens einen vereinfachten Ansatz wählen können.

Der Landtag vergibt damit auch die Chance, ebenso wie Gönners Umweltministerium bundesweit eine Pionierrolle einzunehmen. Bisher, heißt es beim zuständigen Gutachterausschuss in Berlin, trage noch kein Parlament das Ökosiegel. Eine entsprechende Initiative aus Baden-Württemberg hätte man daher „sehr begrüßt“.